

Votum für Erhalt der Vorrangfläche

WINDKRAFT Gemeinde kämpft für Bestand der Windparkpläne

FLÖRSBACHTAL (cw). Das Flörsbachtaler Parlament unterstützt auch weiterhin mehrheitlich die Pläne für die Errichtung des Windparks Flörsbachtal/Josgrund. Deshalb sprach sich die Gemeindevertretung am Donnerstagabend mit zehn zu drei Stimmen gegen eine Streichung einer Windkraftvorrangfläche im überarbeiteten Regionalplan Erneuerbare Energien Südhessen aus.

Wie Bürgermeister Frank Soer (parteilos) zur Antragsbegründung erklärte, sehe der überarbeitete Regionalplan nach den ersten eingegangenen Stellungnahmen offenbar eine weitgehende Streichung der Windvorrangflächen in der Gemeinde aus naturschutzrechtlichen Gründen vor. Konkret gehe es um die Flächen an der bayerisch-hessischen Grenze und betrafe auch die Gemeinde Josgrund. Damit wären die Planungen der beiden Kommunen für einen gemeinsamen Windpark nicht mehr realisierbar. „Mit diesem Beschluss sprechen wir uns gegen die Streichung der Vorrangfläche aus. Denn die Bürger haben sich mehrheitlich für den Bau von Windkraftanlagen auf kommunalen Waldflächen ausgesprochen“, zitierte Soer den Antragstext. Mit dem nun gefassten Beschluss wolle man die heute tagende Regionalversammlung – insbesondere die Abgeordneten aus dem Main-Kinzig-Kreis – dazu auffordern, eine entsprechende Streichung der Vorrangfläche zu verhindern. Zwar sei mit einer Verabschiedung des Regionalplans erst in etwa zwei Jah-

ren zu rechnen. Allerdings entscheide dieselbe Behörde, das Regierungspräsidium sowohl über die Windparkpläne als auch über den Regionalplan.

BLF-Fraktionschef Harald Krostewitz bestätigte, dass die Obere Naturschutzbehörde eine Streichung des Gebiets aus naturschutzrechtlichen Gründen beantragt habe. Ihm lägen die entsprechenden Unterlagen vor. „Doch selbst wenn ich meine kritische Ansicht einmal herauslasse, ist es falsch, jetzt einfach ‘beleidigt’ zu sein. Wenn sich die Gemeinde gegen die Streichung ausspricht, sollte sie Gründe dafür nennen“, so Krostewitz in Anspielung auf die finanziellen Hintergründe.

Man habe diese nie verhehlt, erwiderte Soer: „Dennoch war es auch immer unser Anliegen, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Wenn dieses Projekt scheitert, passiert auch an anderen Orten im Spessart nichts. Und dann möchte ich gerne Antworten von der Landesregierung, wie sie ihr Zwei-Prozent-Ziel zur Bereitstellung von Flächen für Erneuerbare Energien erreichen will“, so der Rathauschef.

Unverständlich nannte Parlamentschef Egon Schmid (SBF) die Entwicklung. Von Gemeinde- und Parlamentsseite sei sehr viel Zeit und Arbeit in die Vorbereitung der Windparkplanung investiert worden: „Wenn es jetzt von Behördenseite heißt, hier geht es nicht, kommt es mir so vor, als hätten wir ein Haus gebaut und dann erst die Frage gestellt, ob wir es überhaupt bauen dürfen.“